

Beklagte: Portugiesische Republik

Anträge

Die Kommission beantragt,

- festzustellen, dass die Portugiesische Republik gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 63 AEUV und Art. 40 des EWR-Abkommens verstoßen hat, indem sie die von gebietsfremden Pensionsfonds bezogenen Dividenden zu einem höheren Steuersatz besteuert als die von im portugiesischen Hoheitsgebiet ansässigen Pensionsfonds bezogenen Dividenden;
- der Portugiesischen Republik die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Gemäß den Vorschriften des Estatuto dos Benefícios Fiscais (Regelung über steuerliche Begünstigungen) und des Código do Imposto sobre o Rendimento das Pessoas Colectivas (Körperschaftsteuergesetz) sind Dividenden, die an Pensionsfonds gezahlt werden, die nach portugiesischem Recht gegründet wurden und tätig sind, vollständig von der Körperschaftsteuer befreit, während auf Dividenden, die an gebietsfremde Pensionsfonds gezahlt werden, Körperschaftsteuer zu einem Steuersatz erhoben wird, der zwischen 20 % und 10 % variieren kann, je nachdem, ob es ein bilaterales Abkommen zwischen Portugal und dem Sitzstaat gibt und wie dieses gegebenenfalls ausgestaltet ist. Diese Körperschaftsteuer wird durch einen Abzug an der Quelle erhoben, der endgültig ist.

Die unterschiedliche Behandlung, die das portugiesische Recht zum Nachteil gebietsfremder Pensionsfonds vorsieht, führt dazu, dass Investitionen dieser Fonds in portugiesischen Unternehmen weniger lukrativ und attraktiv sind. Die fragliche Steuerregelung stellt daher eine nach Art. 63 AEUV und Art. 40 des EWR-Abkommens verbotene Beschränkung dar.

Die diskriminierende Behandlung gebietsfremder Pensionsfonds, die sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte der Europäischen Union und die Erträge aus den Investitionen der Pensionsfonds auswirkt, lässt sich durch keinen der von der Portugiesischen Republik vorgebrachten Gründe rechtfertigen.

Vorabentscheidungsersuchen des Court of Appeal (England & Wales) (Civil Division), eingereicht am 2. Dezember 2009 — Nokia Corporation/Her Majesty's Commissioners of Revenue and Customs

(Rechtssache C-495/09)

(2010/C 37/26)

Verfahrenssprache: Englisch

Vorlegendes Gericht

Court of Appeal (England & Wales) (Civil Division)

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Nokia Corporation

Beklagter: Her Majesty's Commissioners of Revenue and Customs

Vorlagefrage

Können mit einer Gemeinschaftsmarke versehene Nichtgemeinschaftswaren, die einer zollamtlichen Überprüfung in einem Mitgliedstaat unterzogen werden und sich auf der Durchfuhr von einem Nichtmitgliedstaat in einen anderen Nichtmitgliedstaat befinden, „nachgeahmte Waren“ im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003⁽¹⁾ darstellen, wenn keine Hinweise vorliegen, die auf ein Inverkehrbringen dieser Waren in der Gemeinschaft hindeuten, sei es in Einklang mit einem Zollverfahren oder durch eine unerlaubte Umleitung?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen (ABl. L 196, S. 7).

Klage, eingereicht am 2. Dezember 2009 — Europäische Kommission/Hellenische Republik

(Rechtssache C-500/09)

(2010/C 37/27)

Verfahrenssprache: Griechisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: L. Lozano Palacios und D. Triantafyllou)

Beklagte: Hellenische Republik

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- festzustellen, dass die Hellenische Republik dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie 97/67/EG⁽¹⁾ (in geänderter Fassung), insbesondere aus den Art. 9 Abs. 1 und 2, verstoßen hat, dass sie die Ministerialverordnung A1/44351/3608 vom 12. Oktober 2005 weiterhin anwendet;

- der Hellenische Republik die Kosten aufzuerlegen.